

Die Beziehungen der Republik Armenien und Deutschlands in der ersten Hälfte des Sommers 1918, Teil 2

VON ASCHOT HAYRUNI

In seinem Bericht von 26. Juni stellte Bernstorff zugleich ganz offen seine Ansicht zur Frage der Grenzfestsetzung im Kaukasus vor. „Je mehr ich die an der Konferenz Beteiligten spreche“, so Bernstorff, „desto mehr komme ich zur Überzeugung, daß nur eine Teilung Transkaukasiens in eine christliche und eine muslimische Hälfte Aussicht auf Frieden und Bestand bietet. Batum und Baku sollten Freihäfen werden. Dann könnten die Georgier und Armenier bei uns, die Muhammedaner bei den Türken Anlehnung suchen. Die Georgier werden sich zwar gegen obige Lösung etwas sträuben, aber doch schließlich nachgeben, da sie die Armenier wirtschaftlich brauchen und sowie viele derselben (z. B. in Tiflis) in ihren Staat einverleiben wollen“.¹⁹

Bernstorff war tatsächlich dafür, Transkaukasien zwischen zwei Staaten, einem tatarischen und einem georgischen, aufteilen zu lassen, während die armenischen Gebiete dem letzteren einverleibt werden sollten. Selbstverständlich hätte diese Art der Grenzregelung bestimmte Vorteile für die deutsche Außenpolitik und ihre ökonomisch-politischen Interessen. Dadurch würde eine Konfrontation mit der Türkei ausbleiben, die einerseits sich entschlossen gegen die Bildung eines mehr oder weniger lebensfähigen armenischen Staates sträuben und andererseits eine Auflösung der Republik Armenien begrüßen würde. Außerdem würde Deutschland auf diese Weise seine Herrschaft auf dem größten Teil des Kaukasus ausweiten können, ohne seine Beziehungen mit der Türkei zu gefährden. Es ist daher leicht begreiflich, warum Bernstorff ganz konsequent für eine solche „Regelung“ der Grenzfrage auftrat, wenn er auch diesen Standpunkt als seinen eigenen bezeichnete.

Am 27. Juni machten auch zwei türkische Beamte, Nessim Bey und Halil Bey, dem Botschafter einen Besuch, um Vorbereitungen für die Kaukasuskonferenz zu treffen. Wie Bernstorff selbst in einem am gleichen Tag gesendeten Telegramm berichtete, hätten sie sich zunächst mit den Deutschen einigen wollen, damit sie nicht in offener Konferenz von den



Awetis Aharonian

Deutschen blamiert würden. Sie wollten in der Tat eine vorläufige Vereinbarung der türkischen und deutschen Vorstellungen zur Grenzfestsetzung zwischen den einzelnen Staaten in Transkaukasien erreichen und außerdem die Grenzen der Türkei mithilfe der Deutschen den Verbündeten und den Kaukasier aufkrotzieren. Der Botschafter teilte diesbezüglich mit, dass dieser letzte Punkt für ihn besondere Schwierigkeiten böte, weil die Deutschen in der Frage der Grenzregulierungen den Türken schon entgegengekommen seien. Beim Gespräch erklärte er seinen türkischen Besuchern vorläufig, dass er keine Weisung für die Konferenz habe und alle Fragen dem Auswärtigen Amt unterbreiten müsse. Er stellte sich dabei auf den Frieden von Brest-Litowsk und betonte die Notwendigkeit, eine ethnographische Grenze zu schaffen. Dann stellte er ihnen seinen „durchaus eigenen“ Gedanken vor, den Kaukasus in eine christliche und eine mohammedanische Hälfte zu teilen, damit man wirklich Frieden bekomme. Die türkischen Beamten behaupteten, damit ganz einverstanden zu sein, doch würden die Georgier ihrer Ansicht nach diese Idee bestimmt ablehnen, weil die Armenier den Georgiern in jeder Beziehung überlegen seien, und die Georgier in diesem Fall unter armenische Herrschaft geraten würden. „Immer wieder stoße man bei den Türken auf eine pathologische Abneigung und Furcht hinsichtlich Armeniens“, so der Botschafter. „Ich sagte den Herren, sie sollten sich doch freuen, wenn Armenier

irgendwo glücklich und zufrieden wären und wenn alle Armenier dorthin gingen. Dann würde die leidige Frage (d. h. die armenische, A. H.) endlich zur Ruhe kommen“.²⁰

Da die türkische Regierung es nicht schaffte, über die genannten prinzipiellen Fragen eine Einigung mit Deutschland zu erzielen, und daher befürchtete, in der Konferenz keinen Erfolg zu haben, war sie nicht mehr daran interessiert, diese zu organisieren, während die äußerst schwere, verzweifelte Situation der zahlreichen Flüchtlinge, die in der Republik Armenien Zuflucht gefunden hatten, eine weitere Verzögerung nicht mehr duldete. Und die armenische Seite machte ihr Möglichstes, um die versprochenen Verhandlungen in die Tat umzusetzen. Bernstorff teilte in seinem am 8. Juli dem AA gesandten Telegramm mit, dass Aharonian ihm gegenüber die Verhältnisse in Armenien beklagt. Nach seinen Aussagen herrschten dort Anarchie und Hungersnot infolge der großen Zahl der Flüchtlinge. Während die Georgier deutsche Hilfe erhielten und die Tataren von Aserbaidschan von den Türken unterstützt würden, überließe man die Armenier vollkommen sich selbst. Er hatte dem Botschafter ferner mitgeteilt, dass die armenische Regierung sich schon an die Deutschen in Tiflis gewandt, aber die Antwort erhalten habe, dass der deutsche Einfluss sich nur auf Georgien erstrecke.

In selben Bericht stellte Bernstorff dem Auswärtigen Amt anheim, General von Kress möglicherweise anzuweisen, mit den Armeniern wenigstens in Verhandlungen zu treten. Der Botschafter meinte, dass es nicht ratsam sei, dies in Konstantinopel zu tun, weil die dortigen Armenier so ängstlich seien, dass sie sich den Türken gegenüber überhaupt nicht zu rühren wagten.²¹

Da die geplante Konferenz in Konstantinopel ausblieb, wollte der Botschafter offensichtlich durch diesen Vorwand eine Verantwortung zur Öffnung von Verhandlungen loswerden und diese möglicherweise auf Tiflis abwälzen. Die scharfe Kontroverse zwischen den beiden Verbündeten zur Besetzung von Vorherrschafts- und Einflusszonen im Kau-

²⁰ Ebd., S. 548.

²¹ Ebd., S. 552.

kasus bestand auch weiterhin, obschon keiner von den beiden die diplomatischen Beziehungen und das Bündnis aufs Spiel setzen wollte. Glücklicherweise wurde der von Bernstorff vorgebrachte Standpunkt zur Teilung des Kaukasus in zwei Hälften vom offiziellen Deutschland nicht angenommen, das auch bereits über seine Militärvorhaltungen wegen des türkischen Verstoßes gegen die Bestimmungen des Brester Vertrags erhoben hatte.

Es ist bemerkenswert, dass die deutsche Militärführung im Unterschied zur politischen Führung eine viel deutlichere und unnachgiebige Haltung gegenüber der Türkei und ihrer eigenmächtigen Politik im Kaukasus hatte, und hoffte, im Einverständnis mit der politischen Leitung die Türkei aus dem Kaukasus vollständig zurückzudrängen, um die ganze Region,

tausch der Ölvorräte gegen georgisches Vieh zur Linderung der Hungersnot in Baku vorbereiten sollte.²²

Obwohl später in diesem Zusammenhang nichts weder vom Schicksal jenes Offiziers noch seines Flugzeuges oder weiterer Insassen in Erfahrung gebracht werden konnte, zeigt dies aber ganz klar, dass das im Kaukasus stationierte deutsche Militär keineswegs an eine türkische Besetzung von Baku interessiert war und durch Erwirkung des genannten Hilfesuchts ein Argument zur Behinderung der Türken verschaffen wollte. „Ich bin überzeugt, daß wir noch lange mit aktivem und passivem Widerstande der Türken zu kämpfen haben werden, bis sie den Plan aufgeben, aus dem Kaukasus einige Milliarden für die Clique in Konstantinopel herauszupressen“, so General von Lossow in

unsere wirtschaftlichen und politischen Interessen im Kaukasus ihrem Prestige zu opfern. Zudem ist ja das ganze Prestige gerade nur Vorwand für die Räuberei“.²³

Was gerade Armenien anbetraf, ging von Lossow eindeutig davon aus, dass auch in dieser Frage die deutschen Interessen mit den Bestrebungen der Türkei unvereinbar wären. „Daß Türkei nur ein kleines Armenien dulden will, ist begreiflich. Ob Deutschland weitere Ausrottung der russischen Armenier zugeben kann, nach allen Vorwürfen, die uns wegen Ausrottung der türkischen Armenier gemacht wurden, müssen politische Stellen entscheiden“.²⁴

Der General hatte eine eindeutige Stellung auch zu den von der türkischen Regierung vorgebrachten Ansprüchen darauf, bei einer Grenzregulierung über die im Brester Vertrag festgesetzten Grenzen hinaus weitere Gebiete der Türkei abzutreten. Seiner Überzeugung nach sollten eventuell mögliche weitere Gebietsabtretungen ausschließlich um die Bezirke Batum, Ardahan, Kars, deren endgültiger politischer Besitzstand ja erst durch eine Volksabstimmung festgelegt werden sollte, nördlich und östlich einen Gürtel schon definitiven türkischen Besitzes herumlegen, über den keine weitere Diskussion mehr möglich sei. Ferner schlug Lossow in seinem Bericht vor, die Zufuhr von Geld, Kohle und Kriegsmaterial aus Deutschland in die Türkei ebenso aufschiebend zu behandeln, wie die Türken den Deutschen gegenüber die Kaukasusfrage, und außerdem sofort einige Schiffe der russischen Schwarzmeerflotte, darunter je nach Möglichkeiten ein Schlachtschiff durch die deutsche Flotte zu besetzen, um den Türken zu zeigen, dass Deutschland der Herr im Schwarzen Meer sei.²⁵

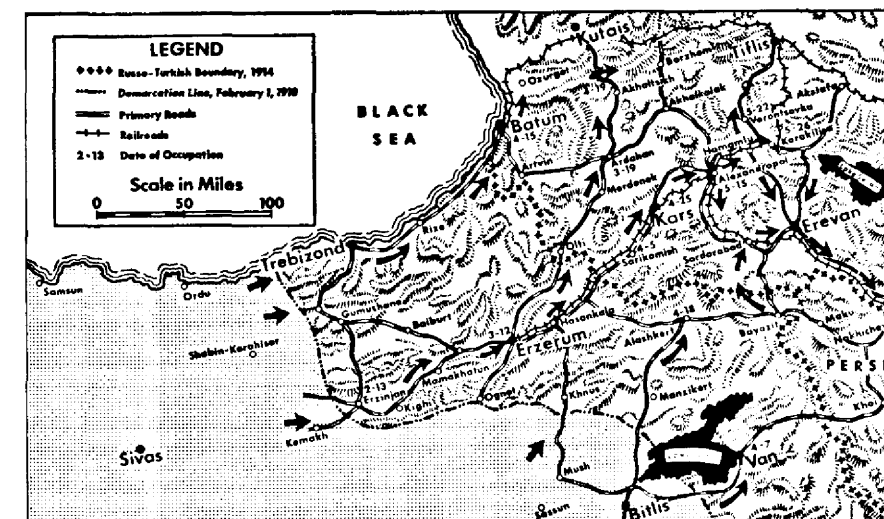
General von Lossow war natürlich nicht der einzige in der deutschen Heeresleitung, der dafür eintrat, der Türkei eine Anerkennung des Brester Vertrags aufzuzwingen und sie aus dem Kaukasus zurückzudrängen. Wie schon dargelegt wurde, hatten auch Feldmarschall Hindenburg und General Ludendorff eine solche Einstellung übernommen. Keine Ausnahme bildeten dabei General von Seeckt²⁶ und

²³ Ebd., S. 550.

²⁴ Ebd.

²⁵ Ebd.

²⁶ Wie der Botschafter Bernstorff in seinem Telegramm von 8. Juli bestätigte, habe von Seeckt ebenso „den strikten Befehl“ erteilt, dass



Die türkische Offensive in 1918, aus: R. Hovannisian: The Republic of Armenia, Bd. 1: 1918-1919

auch Baku und seine Ölvorräte allein zu besitzen. Auf jeden Fall hatte diese Haltung einen beträchtlichen Anhang in der Führung des deutschen Militärs. Diesbezüglich ist bezeichnend, dass der vorläufig als Leiter der deutschen Truppen in Georgien amtierende Hauptmann von Egan-Krieger noch vor dem Eintreffen des Leiters, Generalmajor Kress, einen Offizier der Fliegertruppe mit einem Dolmetscher nach Baku geschickt hatte, der dort über den Abtransport der deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen offizielle Verhandlungen anknüpfen, ferner gemäß einem mündlichen Auftrag ein Hilfesuch der hauptsächlich armenischen Besatzung Bakus um deutschen Schutz gegen die Türken erwirken und eine unversehrte Übergabe der Vorräte in Baku in deutschen Schutz und eventuell den Aus-

seinem Bericht von 6. Juli. „Die panislamische und panturanische imperialistische Richtung, unter deren Flagge die Ausaugung des Kaukasus erfolgen soll, ist von Enver selbst militärisch betrieben worden. (...) Im Kaukasus sind vitale deutsche wirtschaftliche Interessen im Spiele, nämlich Mangan, Petroleum, Wolle und besonders Baumwolle, die wir brauchen, wenn wir in späterem Wirtschaftskrieg nicht unterliegen wollen. Solche wichtigen wirtschaftlichen Interessen können nur geschützt werden bei gleichzeitig vorhandenem politischen Interesse. Sind die Türken politisch ausschlaggebend, ist es mit unseren wirtschaftlichen Interessen vorbei. Es muß den Türken immer wieder erklärt werden, daß wir gar nicht daran denken,

²² Ebd., S. 549.

der im Kaukasus amtierende General von Kress. Der letztere bestand in seinem am 3. Juli an den deutschen Botschafter in Konstantinopel gesendeten und am 8. Juli vom Botschafter an das Auswärtige Amt weitergeleiteten Telegramm darauf, dass die Mittelmächte auf der Konferenz in Konstantinopel hinsichtlich der Gestaltung der Verhältnisse im Kaukasus die folgende Regelung anstreben sollten: Georgien, das das relativ lebensfähigste der drei transkaukasischen Staatsgebiete sei, müsse Vormachtstellung eingeräumt werden. Grenzfestsetzungen seien deshalb in Zweifelsfällen zugunsten Georgiens zu entscheiden. Die Selbstständigkeit von Georgien, Armenien und Aserbaidschan müsse anerkannt werden, wobei man auf einen Wiederzusammenschluss der drei Staaten zu einem einheitlichen Staatsgebilde, zur ehemaligen Transkaukasischen Republik, besser vorerst zu verzichten habe. Dagegen sollten Zollverbände, gemeinsame Eisenbahn, Post und Telegraph angestrebt werden. Zur Regelung solcher Fragen, die für drei Staaten von Bedeutung seien, solle eine gemischte Kommission mit Sitz in Tiflis gebildet werden, worin auch die Mittelmächte ihre Vertreter haben sollten.

Darüber hinaus schlug General von Kress vor, die Grenzen von Georgien, Armenien und Aserbaidschan zur Türkei auf Basis des Brester Vertrags festzusetzen. Die türkische Regierung müsse dabei in den Gebieten Batum und Ardahan unverzüglich eine Volksabstimmung unter Leitung gemischter Kommissionen vornehmen. Eine endgültige und ganz genaue Festsetzung der Grenzen zwischen den transkaukasischen Staaten müsse unbedingt durch die Konstantinopler Konferenz erfolgen, wobei georgische Interessen nach Möglichkeit zu vertreten seien. Außerdem hielt es der General für empfehlenswert, dass Baku zu einem Freistaat würde. Georgien sollte als deutsch-österreichisch-ungarische Interessenssphäre angesehen werden, Aserbaidschan türkische und Baku russische, wobei alle Erdölanlagen in und bei Baku von einer internationalen Gesellschaft erworben und betrieben werden sollten. Die Verteilung der Produkte müsse an alle Interessenten erfolgen. Die Russen müssten sich dabei verpflichten, die Engländer aus Baku zu entfernen beziehungsweise, falls sie dazu nicht imstande seien, den Einmarsch deutscher Truppen zu ge-

die Türkei ihren Vormarsch einstellen müsse. Ebd., S. 552.

statten. Von Kress erachtete es zudem für ratsam, eine Anerkennung der Selbstständigkeit Nordkaukasiens durch Russland wenigstens bis zu den Flüssen Terek und Kuban zu erreichen, und falls dies nicht möglich sei, müsse Deutschland versuchen, eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung und Zurückziehung der bolschewistischen Streitkräfte durchzusetzen.²⁷

Wie aus dem oben erwähnten und auch vielen anderen deutschen diplomatischen Aktenstücken hervorgeht, stimmten fast alle Repräsentanten der deutschen obersten Heeresleitung darüber überein, dass die Grenzen der transkaukasischen Staaten zu der Türkei aufgrund der Bestimmungen des Brester Vertrags festgesetzt werden müssten und die Türkei diese anzuer-



General Andranig: Gegner des Batumer Vertrags

kennen habe. Weiter oben ist schon dargelegt worden, dass General Ludendorff und Feldmarschall Hindenburg noch im Juni in diesem Sinne Forderungen an den türkischen Kriegsminister gesandt hatten und General von Kress sogar darauf bestand, Baku als russische Interessenssphäre anzuerkennen bzw. mit dem sowjetischen Russland zusammenzuarbeiten. Ungeachtet der zu dieser Frage im Militär bestandenen Einigkeit war die deutsche Regierung jedoch nicht dazu geneigt, gegen die Türkei solchermaßen konsequent und entschlossen vorzugehen, und die Türkei konnte sich dies leicht zunutze machen. Es muss sogar auch festgestellt werden, dass die deutsche Regierung um diese Zeit

²⁷Ebd., S. 553-554.

merkwürdigerweise keinen zielbewussten Plan zur endgültigen Regelung der Situation im Kaukasus hatte und, wie auch General von Kress in einem seiner Berichte bestätigte, die im Kaukasus stationierten deutschen Militärs und Diplomaten öfter unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen selbstständig handeln müssten, weil sie keinerlei Weisungen und Direktiven von zu Hause erhalten könnten und auch in keiner Weise über die vom Reiche befolgte Politik unterrichtet seien.²⁸

Die türkische Regierung konnte diesen Zustand weitestgehend ausnutzen, um den deutschen Forderungen keine Folge zu leisten, durch vielerlei Vorwände ihre Besetzungen aufrechtzuerhalten und zugleich das Vorgehen gegen Baku fortzusetzen. Die 5. türkische Division unter der Leitung von Mosal Bey war schon am 13. Juni von Sadachlo auf Elisabethpol abgereist. Anschließend wurden dorthin unter der Leitung von Nuri Pascha, dem Bruder von Enver, weitere türkische Truppen geschickt, die, sich bald zu einer islamischen Armee erklärend, das Hauptziel hatten, Baku zu besetzen.²⁹ Die deutsche Seite war über die türkischen Vorbereitungen nicht informiert worden. Sie wurde sich der dort zusammengezogenen zahlreichen türkischen Truppen erst dann bewusst, als Anfang Juli bei den Ortschaften Kurdamir und Karamarjan plötzlich starke türkische Kräfte im Kampf mit den Armeniern standen. Die Missachtung der deutschen Forderungen versuchte Nuri nun dadurch zu begründen, dass er zwar den Befehl gehabt habe, den Vormarsch einzustellen, „schob er aber zur Sicherung gegen Bolschewiki-Panzerzüge, die aus Baku kamen, Posten, später Abteilungen, schließlich ein Regiment wurde von Bolschewikis überlegen angegriffen und mußte schließlich bis zu einer Division verstärkt werden“³⁰. „Ich bin überzeugt“, so Bernstorff in seinem Telegramm von 8. Juli, „daß Nuri zwar seinerzeit strikten Befehl von General von Seeckt erhalten hatte, Vormarsch einzustellen, halte aber nicht für ausgeschlossen, daß er entweder auf eigene Faust Eroberungskrieg betreibt oder mit geheimen Aufträgen seines Bruders versehen ist, die ihn dazu veranlassen. Um ähnliche Überraschung und weiteren türkischen Sprung Richtung Baku unbedingt zu verhindern,

²⁸Ebd., S. 549.

²⁹Karapetjan M. S., Armenien in den Jahren 1912-1920. Jerewan, 2003, S. 243.

³⁰Die Armenische Frage und der Genozid an den Armeniern..., S. 552.

möchte ich Vorschlag Generals von Kreß nochmals befürworten, daß wir von türkischer Regierung eine schriftliche Zusage fordern, unter keinen Umständen ohne unsere Zustimmung Angriff, auch nicht weiteren Vormarsch auf Baku zu unternehmen. Da in Baku nach letzten Nachrichten tausend Mann aus Astrachan unter russischem Oberst eingetroffen, der militärische Führung übernehmen soll, wird sich vielleicht Mitteilung an Türkische Regierung empfehlen, daß türkischer Vormarsch auf Kurdamir nicht aus Offensiv-Absichten gegen Baku geschehen, sondern sich, wie oben geschildert, aus Defensiv-Unternehmen entwickelt habe“.³¹

Ungeachtet der zwischen den beiden Verbündeten bestehenden Spannungen und Widersprüchen gab es keinerlei Erleichterungen in der äußerst schweren Lage der Republik Armenien und für die dort Schutz suchenden zahlreichen Flüchtlinge. Trotz des Batumer Vertrags, wodurch die Türkei die unabhängige Republik Armenien anerkannt hatte, ließ sie eine Heimkehr des Armenischen Nationalrats, der sich in Tiflis befand, nicht zu. Auch den zahlreichen armenischen Flüchtlingen in Georgien wurde die Heimkehr kategorisch verweigert. Die armenische Republik war von der Außenwelt vollständig isoliert, und ihre Bevölkerung zusammen mit den dortigen großen Flüchtlingsmassen dem Verhungern preisgegeben. In dieser Situation war die armenische Regierung nach wie vor darum bemüht, zur Rettung der letzten Reste des armenischen Volkes von Deutschland Hilfe zu erbitten. Zu diesem Zweck ritt der armenische Bischof Mesrop³², ehemaliger Verweser des Erzbistums Tiflis, Anfang Juli zu Pferd aus Jerewan nach Tiflis, in-dem er die vielen von tatarischen Banden kontrollierten Bergketten überqueren musste und dabei sein Leben in Gefahr brachte. In Tiflis angekommen, traf er General von Kress und stellte ihm die ver-zweifelte Situation der Armenier dar. Er teilte ihm unter anderem mit, dass, wenn die Türken den Armeniern weiterhin nicht erlauben würden, nach den Gebieten Sardarapat-Igdir und Darwala zurückzugehen und die Ernte einzubringen, die mehr als eine halbe Million armenischen Flüchtlinge einfach verhungern müssten. „Die Schilderungen des glaubwürdigen und verdienten Bischofs

³¹Ebd., S. 552-553.

³²Der Erzbischof Mesrop war in Dorpat geboren und konnte gut Deutsch.

sind erschütternd“, so von Kress in seinem dem Auswärtigen Amt gesendeten Telegramm vom 10. Juli. „Die türkische Absicht, die ganze armenische Nation durch völlige Abschließung verhungern zu lassen, liegt klar zutage. Essad hat meine Bitte, den armenischen Flüchtlingen und dem armenischen Nationalrat die Rückkehr zu erlauben, unter nichtigen Vorwänden abgeschlagen. Stärkster Druck der Mittelmächte auf die Türken ist dringendes Gebot der Menschlichkeit und Politik.“³³

Am folgenden Tag sandte von Kress einen neuen ausführlicheren Bericht, und zwar direkt an den Reichskanzler Graf von Hertling, wo er ihm in ergreifenden Worten die schwere Lage der armenischen Republik und der Flüchtlingsmassen schilderte und die dringende Notwendigkeit eines möglichst baldigen Drucks auf die Türkei betonte. Wie er mitteilte, hätten mehr als eine halbe Million Armenier in der ersten Hälfte April aus den von den Türken besetzten und bedrohten Gebieten in panikartiger Flucht ihre Dörfer verlassen und sich, vor den Türken fliehend, in der Gegend von Jerewan versammelt. Viele Tausende lebten seit Wochen nur von Gras. Selbstverständlich wüteten ansteckende Krankheiten und forderten „zahllose Opfer“ unter den halb verhungerten und verelendeten Menschen. Die Ernte würde in den nächsten Tagen reif sein. Sie sollte besonders in dem Gebiet zwischen Sardarabad-Igdir und Darwala gut sein. Wenn aber den armenischen Bauern nicht in kürzester Zeit gestattet würde, in ihre Heimat zurückzukehren, so sei die Ernte verloren. Die Armenier müssten dann entweder verhungern oder ihre Ernährung müsste den Mittelmächten zur Last fallen.

Außerdem erachtete der General für notwendig, von den Türken die vorbehaltlose Zulassung der Rückkehr des armenischen Nationalrats und der armenischen Flüchtlinge aus Georgien zu erzwingen. Er teilte weiterhin mit, dass etwa 14.000 Armenier im Alter zwischen 17 und 60 Jahren von den Türken zum Arbeitsdienst gepresst seien und es unter ihnen größtes Elend herrsche. „Der Bischof appelliert im Namen der armenischen Nation und in seiner Eigenschaft als Priester einer christlichen Kirche an die Großmut Seiner Majestät des Kaisers und der Deutschen Regierung“, so der General. „Nur Deutsch-

³³Deutschland und Armenien 1914-1918..., S. 402-403.

land sei in der Lage, die Türkei zu zwingen, daß sie von ihrem verbrecherischen Beginnen einer systematischen Aushungerung der geringen Reste der armenischen Nation ablasse. Deutschland müsse sich bewußt sein, daß es vor der Geschichte die Verantwortung zu tragen habe, wenn es seine Macht nicht dazu ausnutze, um eine christliche Nation vor der Ausrottung durch die Muhammedaner zu schützen. Euere Exzellenz bitte ich, meine persönliche Anschauung dahin äußern zu dürfen, daß nach all den zahlreichen Nachrichten und Berichten, die ich hier erhalten habe, wohl kaum ein Zweifel darüber bestehen dürfte, daß die Türken systematisch darauf ausgehen, die wenigen Hunderttausende von Armeniern, die sie bis jetzt noch am Leben gelassen haben, durch systematische Aushungerung auszurotten. Es steht mir nicht zu, Euere Exzellenz auf die Pflichten aufmerksam zu machen, die Deutschland als christliche Nation den christlichen Armeniern gegenüber zu erfüllen hat, und auf den Eindruck, den es auf unsere öffentliche Meinung und die ganze christliche Welt machen wird, wenn wir die Armenier nicht vom Untergang retten. Ich darf aber die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz darauf lenken, daß unser Ansehen im Kaukasus und den umliegenden Gebieten schweren Schaden leiden wird, und die Ausführung des wirtschaftlichen und politischen Programms, das wir hier verfolgen, außerordentlich erschwert werden wird, wenn es uns nicht gelingt, die Armenier gegen die Türken zu schützen. Entschieden wird man uns vorwerfen, daß uns der gute Wille gefehlt habe, oder man wird annehmen, daß wir nicht die Kraft und die Macht besitzen, den Türken gegenüber unseren Willen durchzusetzen. Wir würden uns die zahlreichen und infolge ihres großen Reichtums sehr einflußreichen Georgier armenischer Abstammung zu unversöhnlichen Feinden machen und würden unseren Gegnern ein ganz besonders wirksames Propagandamittel gegen uns in die Hand geben.

Ich bitte deshalb Euere Exzellenz ebenso dringend wie gehorsamst, mit allen verfügbaren Mitteln und möglichst rasch einen energischen Druck auf die türkische Regierung auszuüben, daß sie sofort ihre Truppen aus Armenien zurückzieht, den geflüchteten Armeniern die Rückkehr in ihre Heimat gestattet, dafür sorgt, daß die Armenier unbehindert und ungefährdet an Leben und Gut ihre Ernte einbringen kön-

nen, und daß die zum Arbeitsdienst gepreßten Armenier sofort in ihre Heimat entlassen werden".³⁴

General von Kress besichtigte am 15. Juli in Begleitung von Bischof Mesrop und eines Militärarztes einen Teil der in Wäldern von Bakuriani lagernden ca. 400.000 Armenier, die aus dem zwei Tage-reisen entfernten Achalkalaki angesichts des türkischen Vormarsches im Mai geflüchtet waren. Am folgenden Tag berichtete er in einem Telegramm dem Auswärtigen Amt, dass die Flüchtlinge in großer Not, teils krank, dem Regen ausgesetzt, dort in den Wäldern lägen. Der Flecktyphus und andere Krankheitsfälle nähmen zu. Sollten diese Flüchtlinge noch längere Zeit in ihrer gegenwärtigen Lage bleiben, so würde nach Ansicht der Ärzte eine hohe Sterblichkeit durch Hunger eintreten. Die georgische Regierung gestattete wegen der Seuchengefahr nicht ihre Verteilung in Georgien. Die besonders gut stehende Ernte in ihren Heimatdörfern müsste in 10 bis 20 Tagen eingebracht werden. Falls die Flüchtlinge nicht bis dahin geschützt gegen türkische Gewalttätigkeiten zurückkehren könnten, so würde voraussichtlich ein großer Teil der Ernte zugrunde gehen, da die Türken zur Einbringung der Ernte nicht in der Lage seien. In diesem Fall würden die Mittelmächte selbst in den kommenden Monaten diese Leute mit Getreide versorgen oder der Hungersnot überlassen. Von Kress teilte weiterhin mit, dass ca. 30.000 geflüchtete Armenier in Tiflis notdürftig untergebracht seien und sich, wie er selbst am Tag zuvor persönlich festgestellt habe, wegen des dortigen Brotmangels am Rande des Verhungerns befänden. Sie erwarteten sehnsüchtig eine Möglichkeit zur Heimkehr. Nach Einschätzung des Generals sei auch die Lage der beiläufig 500.000 in die Umgebung von Jerewan gedrängten Armenier eine geradezu verzweifelte.³⁵

Auch die ergreifenden und eindrucksvollen Appelle und Berichte des Generals von Kress konnten keine Änderung in der deutschen Politik hinsichtlich der Frage Armeniens herbeiführen. Deutschland versuchte auch weiterhin, auf seinen Verbündeten Einfluss auszuüben durch (keineswegs kategorische) Vorstellungen und Aufforderungen, die aber von den Türken

durch Ausnutzung verschiedener Vorwände ignoriert wurden. Aufgrund des oben genannten Telegramms des Generals von Kress forderte das Auswärtige Amt die türkische Regierung auf, den aus Achalkalaki geflüchteten Armeniern die Heimkehr zu gestatten. Von Essad Pascha aber, der sich um diese Zeit in Batum befand, erhielt der Staatssekretär Busche zur Antwort ein Schreiben, worin dieser mitteilte, dass die Rückkehr der armenischen Flüchtlinge nach Achalkalaki zurzeit unmöglich sei, da die Bevölkerung noch über die von Armeniern in demselben Gebiet verübten „Verbrechen“ stark erregt sei.³⁶

Dass die Behauptung des türkischen Beamten frei erfunden war, dürfte außer Zweifel sein. Aus seiner Antwort sollte entnommen werden, dass die überwiegende Mehrheit von Achalkalaki Mohammedaner seien, an denen die geflüchtete armenische Minderheit Verbrechen begangen habe. Diese Antwort aber musste das offizielle Deutschland offensichtlich vollkommen befriedigt haben, denn die Rückkehr der Flüchtlinge wurde auch weiterhin konsequent verhindert. Unter diesen Umständen war die von Türken und Tataren blockierte armenische Republik auch weiterhin darum bemüht, über ihre Delegationen in Berlin und Konstantinopel Deutschland um Hilfe zu ersuchen. Die Delegation in Konstantinopel schickte Anfang Juli ein Telegramm an die Delegierten in Berlin, die es am 15. Juli dem Auswärtigen Amt einreichten, woraufhin der Staatssekretär Busche es ohne jegliche Empfehlungen an die oberste Heeresleitung dem Freiherrn von Lersner weiterleitete. Das Telegramm enthielt eine Mitteilung darüber, dass der armenische Nationalrat täglich alarmierende Nachrichten aus dem von türkischen Truppen besetzten Gebiet Lori erhalte, und das Plündern und das Morden seitens türkisch-tatarischer Banden sich ständig mehrten. Nach der Unterzeichnung des Batumer Vertrags seien in Karakilise fast 2000 armenische Männer, Frauen und Kinder den Massakern zum Opfer gefallen. Weiterhin hieß es, dass der Nationalrat um einen energischen Protest und um unverzügliche Räumung des von türkischen Truppen besetzten armenischen Gebiets ersuche. Zur Bestätigung der Zuverlässigkeit ihrer der deutschen Regierung vorgelegten Berichte reichte die armenische Delegation in Berlin dem Auswärtigen

tigen Amt am 15. Juli als Anlage des oben genannten Telegramms auch mehrere Ausschnitte aus denjenigen Briefen und Nachrichten ein, die sie in der letzten Zeit ihres Aufenthaltes in Berlin erhalten hatte. Sie begannen mit Auszügen aus dem Brief des Präsidenten des Nationalrates Awetis Aharonian vom 11. Juni aus Tiflis. Darin wurde mitgeteilt, dass die Armenier durch das türkische Eindringen zu Hunderttausenden flühen, alles im Stich lassend. Der Bezirk Achalkalaki sei schon ganz entvölkert; die Stadt selbst sei niedergebrannt und liege in Trümmern. 80.000 Menschen seien geflüchtet und hätten sich in den Schluchten von Bakuriani eingeschlossen. Aus ganz Surmalu, aus allen besetzten Gebieten von Alexandropol und Kars, aus Etschmiadzin und den sonstigen Gegenden, bis dort, wohin die Türken vorgezogen seien, fliehe die Bevölkerung in großer Eile und gehe zu Zehntausenden zugrunde. Die Tatsache, dass die Türken aus der Stadt und dem Bezirk Alexandropol die ganze armenische Jugend gesammelt und ins Innere der Türkei verschleppt hätten, verbreitete Schrecken, und kein Flüchtling wolle in die von den Türken besetzten Gebiete zurückgehen. „(...) Es hat den Anschein, daß Deutschland bezüglich Georgien ernste und entschiedene Engagements hat, die es in edler Weise und mutvoll verwirklicht, während unsere Sache noch in der Schwebe ist“, so der Präsident des Nationalrates. „Das armenische Volk geht in den Krallen der Flucht zugrunde, wie es in Türkisch-Armenien zugrunde gegangen ist. Deutschland, das in Türkisch-Armenien dieses furchtbare Verbrechen gegen die Armenier dulden mußte, weil sein Arm nicht hinreichte, wird es dulden [wollen], daß nun auch hier im Kaukasus das armenische Volk durch Hunger und Flucht ausgelilgt wird, da Deutschlands Arm hinreicht und Wunder tun kann, wenn es will. ... In der Tat beherrschen die Türken heute ganz Aserbeidschan bis Ciskaukasien. Sie beherrschen selbst die armenischen Gebiete, die nach dem letzten (Friedens-)Vertrag nicht unter die türkische Herrschaft fallen. Die türkischen Truppen halten besetzt: Lori, Kasach, Bortschalu. Aus Eriwan haben wir keine Nachrichten. Wir sind abgeschnitten. Die Eisenbahn und der Telegraph sind außer Betrieb. Es ist eine unerträgliche Lage. Wir konnten selbst die Nachricht von dem Friedensschluß dem General Nazarbekoff nicht mitteilen. Wir sind auch von Baku

abgeschnitten. Wir versuchen eine Regierung unserer armenischen Republik zu bilden; aber es besteht keine Möglichkeit einer Reise nach Eriwan. Unser Volk ist herrenlos, unsere Flucht unendlich, die Sterblichkeit riesengroß. Wir müssen entschieden und sofort wissen: Will Deutschland uns in der Tat beschützen oder nicht?“³⁷

Als Anlage waren dem Bericht auch mehrere Auszüge aus der in Tiflis erscheinenden armenischen Zeitung *Horizon* beigelegt, wo das grauenvolle Schicksal der Festungsoffiziere von Kars dargestellt worden war.³⁸

Es ist bemerkenswert, dass die oberste deutsche Heeresleitung, wie oben erwähnt, im Unterschied zu dem untätigen Verhalten des Kanzlers und des Auswärtigen Amtes angesichts der türkischen Gräueltaten gegen die Armenier zu einer viel aktiveren und unduldsamen Haltung gegenüber den Türken geneigt war. Anfang Juli fanden im Großen Hauptquartier Besprechungen in Bezug auf die Kaukasusstaaten und Persien statt, bei denen einige wichtige Richtlinien festgelegt wurden, dessen Ausführung die äußerst schwere Situation der Republik Armenien und der armenischen Flüchtlingsmassen wesentlich hätte ändern können. General Ludendorff, der sich ebenso mit diesen Richtlinien einverstanden erklärt hatte, beauftragte General von Lossow, dem Staatssekretär einen entsprechenden Bericht zu erstatten und ihn zu bitten, dass eine Übereinstimmung der politischen und militärischen Stellen herbeigeführt würde. In diesen Richtlinien, die von Lossow am 15. Juli dem Auswärtigen Amt sandte, war festgelegt worden, dass nachdem die Verhandlungen mit Georgien beendet seien, der Reihe nach Verhandlungen mit Armenien, Aserbaidschan und Nordkaukasus folgen sollten. Bezüglich Armeniens und Aserbaidschans könnte die Verhandlung gleichfalls in einer Revision der von der Türkei mit diesen Ländern in Batum geschlossenen Verträge bestehen. Da die Staatsstrukturen dieser Länder noch nicht vollständig ausgestaltet waren, sollten Verhandlungen mit diesen Staaten nur provisorischen Charakter haben. Immerhin wurde es für möglich erachtet, dass der türkische Vertrag für Armenien und Aserbaidschan durch einen provisorischen allgemeinen Vertrag ersetzt würde, der die

politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen neuen Staatsgebilden und den Vierbundmächten einigermaßen festlegen könnte. In Bezug auf Armenien wurde dabei das Bestreben der deutschen Obersten Heeresleitung zum Ausdruck gebracht, dass auch seitens der ungarischen Obersten Heeresleitung einige Bataillone und Batterien zur Verfügung gestellt würden, um in Armenien eine ähnliche Aufgabe zu übernehmen wie die Deutschen in Georgien, vor allem den Schutz der physischen Existenz der Armenier gegenüber eines drohenden türkisch-tatarischen Massakers. Ferner erachtete die oberste Heeresleitung für notwendig, dass die armenischen Streitkräfte organisiert und wieder verwendungsfähig gemacht würden, in ähnlicher Weise, wie die

politische Bedeutung hatten, teilte General Ludendorff weiterhin mit, dass die deutsche Oberste Heeresleitung und die Oberste Kriegsleitung sich auf die rein militärische Seite der Kaukasusfragen zurückziehen wünschte und die politische Leitung ausschließlich dem Auswärtigen Amt überlassen wollte. Es ist bemerkenswert, dass er den Staatssekretär dabei darum bat, ihn darin zu unterstützen, was auf zweierlei Weise erklärt werden könnte: Entweder war die deutsche Oberste Heeresleitung dazu befugt, sich auch politische Aufgaben zu stellen und zu lösen, sie sich aber in diesem Fall davon zurückhalten wollte, oder Ludendorff wollte dadurch den Staatssekretär indirekt auf die Notwendigkeit einer Übereinstimmung und aktiven Zusammenarbeit der politischen



Erster Jahrestag der Republik Armenien 1919 aus: R. Hovannisian (s.o.)

Deutschen es in Georgien beabsichtigten.³⁹

Als Ausdruck der von der deutschen Obersten Heeresleitung zu der armenischen Frage in voller Einmütigkeit repräsentierten klaren und eindeutigen Stellung dürften diese Direktiven, die übrigens noch keinen Präzedenzfall hatten, eine ausschlaggebende Bedeutung zur Verbesserung der verzweifelten Situation der armenischen Flüchtlinge und der Republik Armenien haben, wenn nur diese auch von der politischen Leitung Deutschlands akzeptiert worden wären. Da diese Direktiven nicht nur militärische, sondern auch

Leitung zur Ausführung der genannten Direktiven aufmerksam machen. Das Letztere scheint wahrscheinlicher zu sein.

Die deutsche politische Führung aber zeigte kein Interesse an ein wirksames gemeinsames Vorgehen, wie dies von der Obersten Heeresleitung beantragt war, und die äußerst schwere Situation der Armenier konnte auch in den darauf folgenden Wochen kein Ende nehmen.

³⁴ Ebd., S. 403-404.

³⁵ Die Armenische Frage und der Genozid an den Armeniern..., S. 556.

³⁶ Ebd., S. 555.

³⁷ Deutschland und Armenien 1914-1918..., S. 405-406.

³⁸ Ebd., S. 406-408.

³⁹ Ebd., S. 409. Ein Vertragsabschluss mit den Nordkaukasieren, die keine Staatsstruktur hatten, wurde für eine schwer ausführbare Frage erachtet.